

Hausaufgabenheft des Jugendlandtags BW 2025 für die Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg.

Antworten der SPD-Landtagsfraktion

Klima und Nachhaltigkeit

Forderung 1

Wir fordern, dass jährlich mindesten ein Tag in allen Erziehungs- und Bildungsstätten Aufklärungsarbeit zu Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsthemen verpflichtend durchgeführt werden muss.

Es ist uns wichtig, weil

- es Vorurteile, z.B. gegen den Bau von Windkraftanlagen, präventiert;
- es das Bewusstsein für Klimaschutz schon ab einem frühen Alter stärkt;
- es Falschinformationen entgegenwirkt.

SPD:

Zustimmung.

Grundlagen und Informationen zum Klimawandel, zu Klimaschutz und zur Energiewende sollten heute im Rahmen von Bildungseinrichtungen aller Art vermittelt werden, auch um gezielten und interessengeleiteten Falschinformationen entgegenzuwirken. Dazu gehören für uns auch Informationen zu Windkraft- und Solaranlagen, zur Umstellung auf klimaschonende Beheizungssysteme und zur Elektromobilität. Nachhaltigkeitsthemen sollten fächerübergreifend eine Rolle spielen – deswegen werden wir die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) an den Schulen weiter stärken.

Forderung 2

Wir fordern, dass das Land Baden-Württemberg den Trägern von Erziehungs-, Sport- und Bildungseinrichtungen ab 2026 Förderungen zur Sanierung der Gebäude zur Verfügung stellt.

Es ist uns wichtig, weil durch die Sanierung z.B. der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen von Kommunen und Trägern selbstständig durchgeführt werden kann.

SPD:

Zustimmung.

Wir haben bereits im Rahmen der letzten Haushaltberatungen des Landes eben dies gefordert. Die vorhandenen Förderprogramme des Bundes reichen bisher nicht aus, um auch die Sanierung von Gebäuden gemeinnütziger privater Träger und Vereine sanieren zu können. Hier sollte das Land aus seinen Mitteln (wobei durch die Infrastrukturmittel des Bundes dafür spätestens nun ausreichend Mittel vorhanden sein sollten) die Sanierung mit attraktiven För-

dersätzen unterstützen, ob Sportstätten, Kitas, Pflegeheime oder andere Vereinsgebäude gemeinnütziger Vereine. Für Schulen gibt es bereits solche Fördermittel, sie müssen aber bedarfsgerecht aufgestockt werden.

Forderung 3

Wir fordern, dass in Schulkantinen pflanzliche Alternativen angeboten werden müssen. Dies soll durch vom Land Baden-Württemberg finanzierte, halbjährlich stattfindende Fortbildungen als Kochkurse für entsprechende Fachkräfte ermöglicht werden.

Es ist uns wichtig, weil eine pflanzliche Ernährung für den Klimaschutz essentiell ist und somit der Gesellschaft nahegebracht werden kann.

SPD:

Zustimmung.

Die SPD fordert ein gesundes und kostenfreies Mittagessen an Schulen und Kitas. Dabei soll es auch vegetarische und vegane Optionen geben.

Mobilität

Forderung 1

Wir fordern, dass der Schulweg mit dem ÖPNV sicher und zuverlässig gewährleistet wird.

Es ist uns wichtig, weil auch die Mobilität ihren Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten muss.

SPD:

Zustimmung.

Wir wollen ein gutes ÖPNV-Angebot im 15-Minuten-Takt in Städten und einen 30-Minuten-Takt im ländlichen Raum.

Forderung 2

Wir fordern, dass das Deutschland-Ticket JugendBW zu seinen Konditionen erhalten bleibt.

Es ist uns wichtig, weil

- Jugendliche dadurch Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erlangen;
- die Einführung des Tickets die jugendgerechteste Maßnahme der letzten Jahre war.

SPD:

Zustimmung.

Wir wollen das JugendticketBW wieder auf das bewährte Modell eines 365-Euro-Tickets umstellen.

Forderung 3

*Wir fordern, dass Einzeltickets im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) günstiger werden. Es ist uns wichtig, weil der Klimaschutz gefördert und die Attraktivität für Gelegenheitsfahrer*innen gesteigert wird.*

SPD:

Zustimmung.

Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass Preissteigerungen im ÖPNV verhindert werden.

Bildung

Forderung 1

*Wir fordern, dass Schulen besser digital ausgestattet werden sowie mehr Lehrer*innenschulungen und Medienbildung erhalten, um den Einsatz digitaler Lernmittel, z.B. KI, im Unterricht gezielt zu fördern.*

Es ist uns wichtig, weil sowohl digitale Kompetenzen als auch Medienbildung für die Ausbildung, Beruf und Alltag nötig sind und Bildungseinrichtungen dafür moderne digitale Ausstattung brauchen.

SPD:

Zustimmung.

Mit dem Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht sind neue, wertvolle Möglichkeiten der Vermittlung von Wissen entstanden. Recherchen über das Internet sind heute ebenso selbstverständlich wie die Verwendung diverser Lern-Apps. Daher ist es wichtig, dass unsere Schulen digital besser ausgestattet werden und alle Schüler:innen sowie Lehrkräfte an der Schule Zugriff auf ein digitales Endgerät haben. Perspektivisch müssen digitale Endgeräte in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden. Genauso notwendig ist eine funktionierende und datenschutzkonforme Bildungsplattform. Zudem müssen Schulen über eine zuverlässige digitale Infrastruktur, IT-Fachkräfte und pädagogische Konzepte verfügen. Medienbildung ist kein Extra, sie ist ein Grundpfeiler moderner Allgemeinbildung. Deswegen werden wir mit einem „Digitalisierungsfonds“ den Aufbau von WLAN-Infrastruktur und Serverkapazitäten stärken und an allen Schulen IT-Fachkräfte einstellen. Für die datenschutzkonforme Nutzung von KI werden wir einheitliche Regelungen erlassen, Fortbildungen für Lehrkräfte zu digitalen Themen – auch für das Kollegium als Gruppe – bauen wir aus. Mit dem „Lernenden Kollegium 4.0“ werden wir zudem eine dauerhafte, digital gestützte Fortbildungskultur ermöglichen. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass Schüler:innen der beruflichen Schulen den Umgang mit Programmen lernen, die Unternehmen auch einsetzen. Um die modernen Anforderungen an die berufliche Bildung zu erfüllen, werden wir Investitionen in die digitale Infrastruktur tätigen und einen „Sanierungsfonds berufliche Schulen“ in Höhe von 150 Mio. Euro auflegen.

Forderung 2

Wir fordern, dass Landesmittel bereitgestellt werden, damit basierend auf Freiwilligenarbeit der aufnehmenden Gesellschaft wöchentliche „Integrationskurse“ für Personen, die Asyl beantragen, eingewandert sind oder Bedarf haben, stattfinden. Diese sollen ihnen sowohl bei der sozialen, als auch der sprachlichen und kulturellen Eingliederung in die Gesellschaft helfen können.

Es ist uns wichtig, weil Sprachkenntnisse als Voraussetzung für Integration gefördert werden sollen und dadurch zusätzliche positive soziale Nebeneffekte entstehen.

SPD:

Zustimmung.

Wir halten Integrationskurse ebenfalls für unverzichtbar für die schnelle und erfolgreiche Integration. Die Erhöhung der Mittel bei den Integrationskursen um 377 Mio. Euro zusätzlich war ein großer Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion. Gerade die Sprach- und Integrationskurse sind ein unverzichtbares Instrument auf dem Weg zu gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe von Geflüchteten.

Die SPD wird Schüler:innen innerhalb der ersten zwei Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland die kostenlose Teilnahme an Feriensprachkursen und Hausaufgabenhilfe ermöglichen. Wir entwickeln Vorbereitungsklassen mit intensivem Sprachunterricht weiter und ermöglichen eine schrittweise flexible Integration in den Regelunterricht. Herkunftssprachlichen Unterricht werden wir unter staatlicher Aufsicht organisieren und pädagogisch fundiert ausgestalten. So fördern wir Mehrsprachigkeit, stärken Identität und verbessern Bildungschancen.

Forderung 3

Wir fordern, dass der Standort Baden-Württemberg durch ein erhöhtes Bildungsniveau in allen Bildungssektoren in naher Zukunft nachhaltig gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil Bildung begeisternd und attraktiv gestaltet werden muss. Sie eröffnet Chancen, fördert Innovationen, befähigt Menschen zu kritischem, engagiertem und selbstbestimmtem Handeln und bildet somit die Grundlage wirtschaftlicher Stärke unseres Landes.

SPD:

Zustimmung.

Auch wir sind der festen Überzeugung, dass gute Bildung die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs von Baden-Württemberg ist – deshalb hat Bildung und deren Finanzierung für uns Priorität. Wir werden eine Unterrichtsgarantie einführen, den Ganztag und multiprofessionelle Teams ausbauen, Berufsorientierung an allen Schularten stärken, IT-Fachkräfte einstellen und die MINT-Förderung an allen Schularten erweitern. Inklusion ist für uns ein Grundrecht und nicht verhandelbar. Außerdem werden wir die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung weiter stärken. Wir werden fächerübergreifenden und projektorientierten Unterricht ausbauen und neuen Prüfungsformen mehr Gewicht geben. So kann die Selbstständigkeit der Schüler:innen gefördert und die Einbringung eigener Ideen ermöglicht werden.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

den. Durch die Einführung einer Schüler-ID werden wir die Wirksamkeit von Fördermaßnahmen noch besser messen können. Zudem sollen Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Themen wie Nachhaltige Entwicklung und digitale Mündigkeit eine noch größere Rolle im Unterrichtsalltag einnehmen.

Es wird die Aufgabe der nächsten Landesregierung sein, ein stabiles und verlässliches Bildungssystem in Baden-Württemberg zu schaffen, das über die Dauer der nächsten Legislaturperiode hinweg gute Rahmenbedingungen für unsere Schüler:innen schafft. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden, möglichst für jedes Kind und jeden Jugendlichen bestmögliche Bildungschancen zu schaffen und dem Anspruch unserer Landesverfassung gerecht zu werden, wonach jedes Kind ohne Rücksicht auf seine Herkunft oder seine wirtschaftliche Lage Anspruch auf beste Bildungschancen hat.

Demokratiebildung

Forderung 1

Wir fordern, dass ein verpflichtender, interaktiver Demokratietag eingeführt wird. Dieser soll über alle Schulformen hinweg und mindestens ab der 5. Klasse einmal im Jahr stattfinden.

*Es ist uns wichtig, weil Schüler*innen dadurch nähergebracht werden kann, dass Demokratie erlebt und geschützt werden muss, damit sie nicht als selbstverständlich angesehen wird.*

SPD:

Zustimmung.

Die SPD wird die Schülermitverantwortung (SMV) aufwerten und Projekte wie Demokratietage und Initiativen gegen Extremismus und Rassismus in enger Zusammenarbeit mit dem Landesschülerbeirat und dem Landeselternbeirat unterstützen.

Zudem werden wir mit der Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“ Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichern.

Forderung 2

Wir fordern, dass der Landtag von Baden-Württemberg finanzielle Mittel zur Etablierung und Aktualisierung einer digitalen „Demokratiebildungsplattform“ bereitstellt. Dort sollen jugendpolitische Veranstaltungen, Organisationen und Gremien auf Landesebene übersichtlich dargestellt werden.

Es ist uns wichtig, weil

- Jugendliche so einen Überblick über Angebote und Möglichkeiten zu ehrenamtlichem Engagement auf Landesebene bekommen können;
- Dadurch eine bessere Vernetzung der bestehenden Organisationen und Gremien untereinander ermöglicht werden kann.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

SPD:

Neutral.

Der Ausbau der Vernetzung bestehender Organisationen und Gremien sowie die Information über jugendpolitische Veranstaltungen und Organisationen sind für uns als SPD von großer Bedeutung. Ob dafür eine Demokratiebildungsplattform der beste Weg ist, wollen wir gemeinsam mit den (Jugend-)Organisationen und Gremien prüfen.

Forderung 3

Wir fordern, dass ehrenamtliches Engagement attraktiver gestaltet, ein niederschwelliger Zugang ermöglicht und finanziell gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil

- ehrenamtliches Engagement unsere Demokratie stärkt;
- ehrenamtliches Engagement mit dem Alltag junger Menschen vereinbar sein muss.

SPD:

Zustimmung.

Ehrenamtliches Engagement wächst in Vereinen und anderen Organisationsformen – und wird nicht von der Politik vorgegeben. Wenn wir mit den Zielen des Engagements übereinstimmen, fördern wir es gern, zum Beispiel über den Masterplan Jugend und über die Sportförderung. Wir werden ein Landesprogramm „Wehrhafte Demokratie“ einführen, das Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichert. Neben den Landesmitteln sind dabei auch kommunale Mittel, Mittel des Bundes sowie etwa Gelder aus Stiftungen und Lotterien wichtig. Wir kämpfen für den Erhalt der Bildungszeit in Baden-Württemberg und der damit verbundenen Freistellung etwa für die Ausbildung in den unterschiedlichen Bereichen des Ehrenamts.

Jugendbeteiligung und junges Engagement

Forderung 1

Wir fordern, dass Jugendbeteiligung in jedem Ministerium per Gesetz verankert wird und dadurch regelmäßiger Austausch mit den Abgeordneten stattfindet.

Es ist uns wichtig, weil

- Erwachsene auf die Beratung und Perspektive von Jugendlichen abgewiesen sind;
- Jugendliche Interessen bei allen Themen miteinbezogen werden müssen;
- Jugendbeteiligung in der öffentlichen Wahrnehmung stärker stattfinden muss.

SPD:

Zustimmung.

Jugendliche sind die besten Expert:innen in allen Jugendfragen. Sie müssen deshalb stärker, direkter und verbindlicher in politische Entscheidungsprozesse auf Landesebene eingebunden werden. Die obersten Jugendgremien des Landes sollen zu allen jugendrelevanten Themen im Landtag und dessen Ausschüssen angehört werden, insbesondere bei Haushaltsberatungen, wenn es um Mittel für den Jugendbereich geht. So wird sichergestellt, dass die Perspektiven der jungen Generation nicht nur angehört, sondern auch verbindlich berücksichtigt werden. Geplant ist die Einrichtung einer „Taskforce Jugend“ beim Staatsministerium, in der Vertreter:innen der Landtagsfraktionen, Delegierte von Jugendvertretungen sowie weitere Expert:innen gemeinsam wirksame Maßnahmen erarbeiten. Ziel ist es, der Jugend künftig eine strukturierte und dauerhafte Partizipation auf Landesebene zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden dem Ministerpräsidenten vorgestellt und anschließend dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt.

Forderung 2

Wir fordern, dass Landesmittel für repräsentative Jugendbeteiligungsformate auf Kreis- und Gemeindeebene bereitgestellt werden.

Es ist uns wichtig, weil

- Die Möglichkeiten für eine repräsentative Beteiligung der Jugendlichen erweitert werden müssen;
- Jede Kommune und deren Jugendliche ein Beteiligungsformat brauchen;
- Dringend neue Jugendbeteiligungsformate finanziert werden müssen und bereits bestehende Formate unterstützt werden müssen.

SPD:

Zustimmung.

Wir fordern, dass Jugendbeteiligungsgremien bei allen Themen ein verbindliches Antrags- und Rederecht im Gemeinderat erhalten. Politische Beteiligung darf auch nicht vom Wohlwollen einzelner Verwaltungen abhängen. Deshalb sollen in allen Kommunen mit über 30.000 Einwohner:innen Jugendgemeinderäte verpflichtend eingerichtet werden. Auch in kleineren Gemeinden müssen Jugendforen verpflichtend sein.

Wir beschließen im Landeshaushalt mehrere Finanztöpfe, über welche Beteiligungsformate (mit-) finanziert werden können. Das bedeutendste Programm ist dabei die Förderung über die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg, die aus dem Masterplan Jugend mit Landesmitteln finanziert wird. Allerdings ist hier auch die Förderung durch die jeweiligen Landkreise und Gemeinden wichtig.

Forderung 3

Wir fordern, dass jedes Thema, mit dem sich Jugendliche beschäftigen, als jugendrelevant per Gesetz im Paragraphen 41a der Gemeindeordnung festgeschrieben wird.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

Es ist uns wichtig, weil

- juristisches Hin und Her vermieden werden soll;
- Jugend selbstbestimmt handeln sollt;
- jedes Thema jugendrelevant ist. Wir sind die Zukunft!

SPD:

Zustimmung.

Demokratie beginnt vor Ort, deshalb fordern wir verbindliche Antrags- und Rederechte für Jugendbeteiligungsgremien in Gemeinderäten sowie verpflichtende Jugendgemeinderäte in Kommunen über 30.000 Einwohner:innen und Jugendforen in kleineren Gemeinden. Zusätzlich sollen landkreisweite Jugendbeteiligungsformate mit verbindlichem Rede- und Antragsrecht im Kreistag eingeführt werden. Junge Menschen müssen auf allen politischen Ebenen wirksam beteiligt werden und Gehör finden – deshalb fordern wir die Anhörung der obersten Jugendgremien bei allen jugendrelevanten Themen im Landtag und den Ausschüssen, insbesondere bei der Haushaltsberatung.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Innere Sicherheit

Forderung 1

Wir fordern, dass eine externe Kontrollinstanz für die Polizei geschaffen wird, um das Vertrauen in der Bevölkerung in sie zu stärken.

Es ist uns wichtig, weil

- das wahrgenommene Sicherheitsgefühl der Bevölkerung so verbessert werden kann;
- die Transparenz gegenüber der Bevölkerung gestärkt wird, die bei der Arbeit der Bürgerbeauftragten aktuell nicht ausreichend gegeben ist;
- das vergleichbare Verfahren des „Independent Office for Police Conduct“ (IOPC) in Großbritannien großen Erfolg zeigt.

SPD:

Ablehnung.

Wir lehnen die Schaffung einer externen Kontrollinstanz ab. Neben der guten Arbeit der Bürgerbeauftragten kommt der Justiz eine hohe Verantwortung zu. Die Staatsanwaltschaften und Gerichten sind unabhängige Stellen, die mit umfassenden Ermittlungs- und Kontrollbefugnissen eine effektive, objektive und rechtsstaatliche Überprüfung des polizeilichen Handelns sicherstellen.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

Forderung 2

Wir fordern, dass es mehr Schutz für Betroffene bei sexualisierter und patriarchaler Gewalt gibt.

Es ist uns wichtig, weil

- verpflichtende Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche Übergriffe verhindern und Betroffene stärken können;
- eine ausreichende Versorgung mit Frauenhausplätzen als regionale Pflichtaufgabe Betroffenen anonymen Schutz bietet;
- die Möglichkeit zur Betroffenen aussage vor Gericht in einem vor dem Tatverdächtigen geschützten Raum in allen Fällen sexualisierter Gewalt gewährleistet werden muss.

SPD:

Zustimmung.

Die SPD wird dafür sorgen, die Beratungsstellen auszubauen, so dass sie flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Landeskoordinierung spezifischer Fachberatung bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend (LKSf) stärken wir. Gleichzeitig wollen wir Programme fördern, mit denen eine bessere Prävention erreicht werden kann wie z.B. durch die LAG Mädchenpolitik.

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt ist für uns zentral. Wir haben deswegen eine Novellierung des Polizeigesetzes angestoßen, die es der Polizei künftig ermöglicht, bei Gericht eine elektronische Aufenthaltsüberwachung insbesondere zur Bekämpfung von häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt zu beantragen. Im Rahmen der Täterarbeit soll die Polizei insbesondere dann, wenn es bereits zu einem Vorfall häuslicher Gewalt gekommen ist, zur Teilnahme an einer Beratung verpflichtet.

Wichtig ist uns zudem die Einrichtung einer Ombudsstelle im Land für betroffene Schüler:innen von sexueller Gewalt – eine Maßnahme, mit der Betroffene endlich angemessen unterstützt werden könnten.

Außerdem passen wir das Gewalthilfegesetz für Baden-Württemberg an, um den Rechtsanspruch umzusetzen. Wir erhöhen die Zahl der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der Gewaltschutzambulanzen in Baden-Württemberg. In jedem Landkreis soll es mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner:innen geben. Wir verpflichten uns zur konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg und benennen Femizide als das, was sie sind: Morde an Frauen, weil sie Frauen sind.

Forderung 3

Wir fordern, dass der Kulturpass fortgeführt und in allen Landkreisen Baden-Württembergs einheitlich angeboten wird.

Es ist uns wichtig, weil

- es kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht;
- Kultur Menschen verbindet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt;

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

- es die kulturelle Bildung stärkt und Kreativität fördert.

SPD:

Zustimmung.

Die SPD wird einen landesweiten Kulturpass einführen und damit allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung stellen. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass Jugendliche an kulturellen Angeboten teilhaben können und einen Zugang zu kultureller Bildung finden. Zudem stärken wir so die Kultureinrichtungen im Land und leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Arbeiten, Wohnen, Finanzielle Sicherheit

Forderung 1

Wir fordern, dass es einen Sozialpass für Berufe gibt, die gemessen an der Relevanz für die Gesellschaft unangemessen vergütet werden. Angelehnt werden soll dieser an die Ehrenamtskarte, die Juleica bzw. den Heidelberg-Pass.

Es ist uns wichtig, weil diese Berufe zu wenig Beachtung und Bezahlung bekommen. Dabei handelt es sich um systemrelevante Berufe, die für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft unabdingbar sind.

SPD:

Neutral.

Die SPD steht dafür, dass jede Form der Erwerbsarbeit angemessen vergütet wird und grundsätzlich die Sozialpartner die Höhe der jeweiligen Entgelte verhandeln. In den unteren Vergütungsgruppen unterstützen wir die Haushalte ggf. durch Wohngeld oder aufstockendes Bürgergeld, dabei auch Bildungs- und Teilhabeleistungen. Auch das Mindestlohngesetz hat viele Verbesserungen gebracht. Im Land wollen wir den Landesfamilienpass weiterentwickeln. Lokal setzen wir uns für Sozialpässe und ähnliche Vergünstigungen ein.

Forderung 2

Wir fordern, dass Azubis gleichwertige finanzielle, politische und gesellschaftliche Unterstützung erhalten wie Studierende.

Es ist uns wichtig, weil Ausbildungsberufe für die Gesellschaft genauso wichtig sind wie akademische Berufe und deshalb die gleiche Unterstützung verdienen.

SPD:

Zustimmung.

Mit einem ganzen Maßnahmenbündel soll die berufliche der akademischen Bildung gleichgestellt werden. Konkret für Auszubildende fordern wir die Schaffung von Ausbildungswohnheimen. Mit Zuschüssen und vereinfachten Verfahren machen wir es Unternehmen leichter,

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

bezahlbaren Wohnraum für ihre Beschäftigten und Auszubildenden zu schaffen. Dies gilt besonders für Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt. Zudem sollen, um Europa stärker zu leben, Austauschprogramme nicht nur Studierenden, sondern auch Schüler:innen aller Schularten und Auszubildenden angeboten werden.

Forderung 3

Wir fordern, dass Baden-Württemberg ein landesweites Programm für sozialen und gemeinnützigen Wohnbau nach Orientierung an den Maßnahmen der Stadt Wien entwirft.

Es ist uns wichtig, weil diese Maßnahmen bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen sollen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Familienform.

SPD:

Zustimmung.

Die Stadt Wien zeigt, was über 100 Jahre sozialdemokratische Politik beim Thema Wohnen bewirken können. Die wesentliche Säule dafür sind starke gemeinwohlorientierte Bauträger und eine öffentliche Hand, die selbst Wohnraum baut und vermietet. Wir fordern daher für Baden-Württemberg mehr Geld für kommunale, genossenschaftliche und andere gemeinwohlorientierte Träger. Und wir wollen eine Landeswohnungsbaugesellschaft gründen, die dort, wo es diese anderen Träger nicht gibt, selbst Wohnraum bauen kann. So entsteht Wohnraum, der für die Menschen da ist und nicht für die Investoren.

(Mentale) Gesundheit

Forderung 1

Wir fordern, dass mehr Angebote und Anlaufstellen für mentale Gesundheit geschaffen werden. Konkret bedeutete das mehr Präventionsangebote und kostenlose, nahbare Therapieplätze.

Es ist uns wichtig, weil es die Lebensqualität nachhaltig fördern kann, die Sichtbarkeit stärken kann und langfristige Schäden, gesellschaftliche als auch wirtschaftliche, vermieden werden können.

SPD:

Zustimmung.

Wir stellen mehr Plätze in Kinder- und Jugendpsychiatrien zur Verfügung sowie teilstationäre Angebote und Angebote für junge Erwachsene. Wir stärken die Früherkennung und ambulante Versorgung. Den Masterplan Jugend werden wir weiter vorantreiben und stärken. Zu Gesundheit gehören Prävention und Aufklärung selbstverständlich dazu. Deshalb fördern wir entsprechende Maßnahmen in den Kommunen. Wir bauen Strukturen in den Schulen und Kitas auf, zum Beispiel durch die Einführung von Ersthelfer:innen an Schulen und den Aufbau von Präventionsnetzwerken nach dem Vorbild der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit. Die soziale Dimension der Gesundheitsförderung und Vorsorge werden wir in

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

den Fokus rücken – auch hinsichtlich geschlechts- und queersensibler Aspekte. Wir verfolgen einen Health-in-All-Policies-Ansatz, der Gesundheit als Querschnittsaufgabe sieht. Gesundheit hängt nicht nur von Medizin und Krankenhäusern ab, sondern auch von Umwelt, Bildung, Arbeit und vielem mehr. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) braucht eine Neuausrichtung und mehr Personal. Wir werden ihn als Anlaufstelle für Präventionsarbeit weiterentwickeln und dabei den Agentur- und Dienstleistungscharakter stärken. Des Weiteren werden wir Organisationen und Angebote für Kinder von such- und psychisch kranken Eltern sowie die Arbeitskreise Leben (Fach- und Beratungsstellen zum Thema Suizidprävention) ausbauen.

Forderung 2

Wir fordern, dass im Schulalltag psychische Gesundheit stärker in den Mittelpunkt gestellt wird. Das beinhaltet die Verankerung im Bildungsplan und im Lehramtsstudium.

*Es ist uns wichtig, weil Schule ein wichtiger Lebensmittelpunkt von Jugendlichen ist. Jede*r fünfte Schüler*in zeigt selbstverletzendes Verhalten.*

SPD:

Zustimmung.

Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort des Miteinanders, an dem mentale Gesundheit eine wichtige Rolle spielen muss. Deswegen muss sie Teil des Unterrichts sein und im Bildungsplan und im Lehramtsstudium eine größere Rolle spielen.

Wir werden die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit an allen Schulen ausbauen und sie dauerhaft und verlässlich in der Struktur jeder Schule mitdenken.

Forderung 3

Wir fordern, dass eine unabhängige und freie Berufswahl trotz abgeschlossener psychotherapeutischer Behandlung möglich ist.

Es ist uns wichtig, weil

- Betroffene Hilfe in Ansprache nehmen sollen, ohne Karrieresorgen haben zu müssen;
- die Gesellschaft sensibilisiert wird und veraltete Stigmen abgeschafft werden können.

SPD:

Zustimmung.

Wir setzen uns dafür ein, dass psychische Erkrankungen entstigmatisiert werden und absolvierte Psychotherapien kein Karrierehemmnis darstellen. Diskriminierungen im unterschiedlichen Arbeitsrecht von Angestellten und Beamt:innen tragen wir nicht mit.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

Zukunftschancen

Forderung 1

Wir fordern, dass

- Praktika in Realschulen und Gymnasien verstärkt durchgeführt werden müssen;
- die schriftliche Prüfung im Wahlpflicht in der Realschule abgeschafft wird;
- Wirtschaft als Grundkurs in der Oberstufe festgelegt und praxisnäher ausgerichtet wird.

Es ist uns wichtig, weil das Schulsystem praxisnäher und zukunftsorientierter gestaltet werden muss, um Schüler*innen besser auf Ausbildung, Studium und Beruf vorzubereiten.

SPD:

Eher Zustimmung.

Wir werden uns für Informationskampagnen zur dualen Ausbildung an allen Schularten, eine Ausweitung der verpflichtenden Praxiserfahrung von 10 auf 20 Tagen und damit verbundene verbindliche jährliche Tage der dualen beruflichen Bildung an Gymnasien und verbindliche Besuche von Ausbildungsbotschafter:innen einsetzen. Außerdem stehen wir zur Gleichwertigkeit von beruflicher Ausbildung und Studium in der Berufsorientierung an Gymnasien. Online-Webinare von beruflichen Schulen für andere Schulen, in denen Lehrkräfte mit Auszubildenden ihre Berufe vorstellen, werden wir ausbauen und die spielerische Vermittlung von Berufen in den Grundschulen stärken. Die Entwicklung und Umsetzung eines schulischen Berufsorientierungskonzeptes müssen ausdrücklicher Teil der Zielvereinbarungen mit Schulleitungen sein. Wir werden die Einführung einer weiteren BOGY-Phase in Klasse 11 prüfen – BOGY-Praktika sollen zudem verpflichtend sowohl in einem akademischen als auch in einem dualen Ausbildungsberuf stattfinden. Zudem werden wir uns für eine Erweiterung multiprofessioneller Teams um Stellen „Schulkoordination Berufsbildung“ einsetzen. Das Fach Wirtschaft werden wir weiter stärken und praxisnäher aufstellen.

Eine Abschaffung der schriftlichen Prüfung im Wahlpflichtfach an den Realschulen werden wir im Dialog mit allen Beteiligten prüfen.

Forderung 2

Wir fordern, dass die Chancengleichheit aller Jugendlichen ausgebaut wird, durch:

- einen BW-Kulturpass (120€ pro Person pro Jahr)
- kostenlose BW-Schülertickets für finanziell schwächer ausgestattete Familien
- Vermittlung von kostenlosen Mittagessen für finanziell schwächer ausgestattete Familien über Schulen.

Es ist uns wichtig, weil alle Jugendlichen in Baden-Württemberg ein Recht und die Möglichkeit auf eine gute kulturelle Bildung, Teilhabe und Engagement haben sollen, um langfristig eine gebildete, sozial und leistungsstarke Gesellschaft erhalten.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600

SPD:

Zustimmung.

Die SPD wird einen landesweiten Kulturpass einführen und damit allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung stellen. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass Jugendliche an kulturellen Angeboten teilhaben können und einen Zugang zu kultureller Bildung finden. Zudem stärken wir so die Kultureinrichtungen im Land und leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Statt eines kostenlosen BW-Schülertickets für finanziell schwächer ausgestattete Familien werden wir das Deutschlandticket um ein landesweites Sozialticket ergänzen, das insbesondere Menschen mit geringem Einkommen mobil hält.

Die SPD wird zudem dafür sorgen, dass alle Kinder ein kostenloses, vom Land finanziertes Mittagessen in Kita und Schule erhalten.

Forderung 3

Wir fordern, dass Bürokratie in Baden-Württemberg konsequent abgebaut und die Verwaltung vollständig digitalisiert wird.

Es ist uns wichtig, weil

- ineffiziente Verwaltungsprozesse hohe Personal- und Sachkosten verursachen und somit die kommunalen Haushalte und den Landeshaushalt belasten;
- Baden-Württemberg Innovationsstandort bleiben muss und sich Unternehmen in Branchen der Zukunft hier ansiedeln sollen.

SPD:

Zustimmung.

Wir werden eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen – nicht als Selbstzweck, sondern als Konsequenz einer ehrlichen Aufgabenkritik. Unsere Reform zielt auf eine übersichtliche, schlanke und leistungsfähige Verwaltung, die der Bürgerschaft serviceorientiert zur Verfügung steht. Wir setzen dabei auf vollständig digitalisierte Prozesse (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) und wollen 80 Prozent der meistgenutzten Leistungen – wie Ausweis, Führerschein, Meldewesen, Bauantrag, Elterngeld – innerhalb von fünf Jahren online bringen.

Darüber hinaus wollen wir ein Bürokratiemoratorium verhängen und für die nächsten zwei Jahre neue bürokratische Belastungen ausschließen.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600